



die lobby für kinder



Gemeinsame Pressemeldung

21. Mai 2007

SPERRFRIST: 21. 5. 2007, 12.00 UHR

AWO, Kinderschutzbund und Parität fordern Taten

Mehr als 800.000 arme Kinder in NRW

Das von Minister Laumann vor wenigen Tagen amtlich bekannt gegebene neue Rekordniveau bei der Armut von Kindern und Jugendlichen in NRW veranlasst AWO, Kinderschutzbund NRW und den Paritätischen Landesverband NRW erneut, mit einem gemeinsamen Aufruf an Politiker aller Ebenen zu appellieren, den Worten endlich Taten folgen zu lassen. „Unseren Kindern und Jugendlichen helfen keine Lippenbekenntnisse! Wer NRW zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland machen will, der muss jetzt handeln und dafür sorgen, dass das Recht auf Bildung und Erziehung für alle Kinder eingelöst wird, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!“, forderte Paul Saatkamp, Vorsitzender der AWO Niederrhein, vor der Landespressekonferenz.

„Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel, um Armut in den Familien zu überwinden.“, betonte der Landesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Cord Wellhausen und kritisierte das geplante Kinderbildungsgesetz: „Um Bildungsdefizite auszugleichen, brauchen Tageseinrichtungen für Kinder ausreichend Betreuungspersonal mit hoher pädagogischer Qualifikation. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist das nicht zu machen. Wer bei der Kinderbetreuung kürzt, festigt die Armut dauerhaft und über Generationen!“

Und auch Dieter Greese, Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes NRW, sieht hier den Ansatzpunkt: „Bleiben in Armut lebende Familien auf sich allein gestellt, haben die Kinder kaum Chancen, aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen. In Armut aufwachsende Kinder sind die Verlierer des heutigen Bildungssystems. Je ärmer sie sind, desto schlechter schneiden sie in der Grundschule ab.“ Vor diesem Hintergrund kritisiert Greese die „Bewusstseinsspaltung“ des Ministerpräsidenten, der in der Grundsatzkommission seiner Partei für die Abschaffung von Kindergarten-Elternbeiträgen eintritt, zu Hause in NRW aber die Quote für Elternbeiträge erhöht und es armen Kommunen zudem noch untersagen lässt, ihrerseits Eltern zu entlasten.

AWO, Deutscher Kinderschutzbund in NRW und der Paritätische Landesverband NRW fordern im gemeinsamen Aufruf 'Kinderarmut bekämpfen - die Zukunft unserer Gesellschaft sichern' vorrangig infrastrukturelle Verbesserungen für arme Kinder! Dafür müssen 5,1 Milliarden Euro (0,26 Prozent des Bruttonettoproduktes) bereitgestellt werden. Eine zusätzliche Grundsicherung von monatlich 300 Euro könnte existenzielle Bedürfnisse der Kinder befriedigen und Bildung und Erziehung in ausreichendem Maße sicherstellen. Diese Maßnahmen sind - nach Auffassung der Vertreter der drei Verbände - nicht nur dringend geboten, sondern auch machbar und finanzierbar.

Ansprechpartner: Martin Debener (Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW, Tel.: 02 11 / 9 46 00 14), Friedhelm Güthoff, (Deutscher Kinderschutzbund NRW, Tel.: 02 02 / 7 4 7 6 5 8 8 0), Klaus Neubauer (AWO, Tel.: 02 01 / 31 05 - 213)



Arbeiterwohlfahrt
**Bezirksverband
Niederrhein e.V.**

Der Vorsitzende

Lützwowstraße 32
45141 Essen
Tel. 02 01 / 3105 - 0
Fax 02 01 / 3105 - 276
info@awo-niederrhein.de
www.awo-nr.de
Mobil: 0171 / 3 61 48 25

Landespressekonferenz NRW

21. Mai 2007

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Statement von Paul Saatkamp

Armut auf Rekordniveau amtlich bestätigt

Mehr als 800.000 arme Kinder in NRW

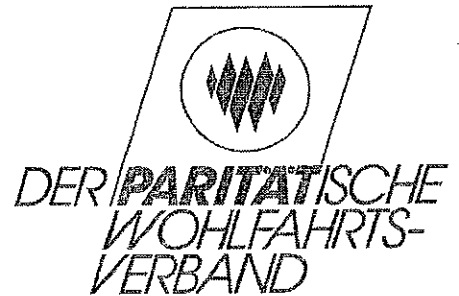
Mit der Veröffentlichung des Sozialberichts NRW wurde am 9. Mai 2007 regierungsamtlich bestätigt: Die Armut in Nordrhein-Westfalen wächst! Die Zahl der Kinder unterhalb der Armutsgrenze hat das neue Rekordniveau von 815.000 erreicht! Jedes vierte Kind in unserem Land ist arm!

Für die AWO, den Kinderschutzbund NRW und den Landesverband des Paritätischen in NRW ein Anlass, ihren Aufruf von 2006 zur Bekämpfung der Kinderarmut zu erneuern: Dringender denn je müssen wir Kinderarmut bekämpfen, wenn wir die Zukunft unserer Gesellschaft sichern wollen! Die drei Verbände appellieren an die verantwortlichen Politiker von Bund, Ländern und Gemeinden, endlich wirksam gegen ein weiteres Anwachsen von Armut vorzugehen und bereits von Armut Betroffenen Zukunfts-Chancen zu eröffnen. Wir fordern erneut einen Kurswechsel, also eine Abkehr von einer Politik, die die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen verschärft und sie zu den Hauptleidtragenden der Einschnitte ins soziale Netz macht.

38 Prozent der in Armut aufwachsenden Kinder in Deutschland leiden unter massiven Einschränkungen, hat das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ermittelt. Ihre Zukunfts-Chancen sind stark gefährdet. Übertragen auf Nordrhein-Westfalen heißt das: Ohne kurzfristige und einschneidende Veränderungen stellen wir in unserem Land 320.000 Kinder dauerhaft in das gesellschaftliche Abseits.

Aktuelle - gerade in Verbindung mit der Armutproblematik besonders bedeutsame - bildungspolitische Entwicklungen in NRW, wie beispielsweise die Aufhebung der Schulbezirke, werden die Bildungs- und Zukunfts-Chancen armer Kinder zusätzlich verringern. Um 10,6 Prozent (für Kinder zwischen acht und 14 Jahren) bzw. 12,5 Prozent (für Jugendliche ab 15 Jahren) reduzierte Regelsätze bei Kindern führen z.B. dazu, dass Familien ihre Kinder nicht mehr zur Nachmittagsbetreuung schicken, weil 40 Euro für das Mittagessen - von einem monatlichen Regelsatz von 207 Euro für Kinder zwischen acht und 14 Jahren - nicht mehr finanzierbar sind. Berichte über solche Fälle mehren sich in unseren Einrichtungen.

AWO, Deutscher Kinderschutzbund in NRW und der Paritätische Landesverband NRW fordern im gemeinsamen Aufruf **'Kinderarmut bekämpfen - die Zukunft unserer Gesellschaft sichern'** vorrangig infrastrukturelle Verbesserungen für arme Kinder! Dafür müssen 5,1 Milliarden Euro (0,26 Prozent des Bruttosozialproduktes) bereitgestellt werden. Eine zusätzliche Grundsicherung von monatlich 300 Euro kann dabei existenzielle Bedürfnisse der Kinder befriedigen aber auch das Einlösen ihres Grundrechtes auf Bildung und Erziehung in ausreichendem Maße sicherstellen. Der bereits 2006 aufgelistete akute Handlungsbedarf in acht Kernbereichen hat mit der Veröffentlichung der neuen Zahlen noch an Dringlichkeit gewonnen. AWO, Kinderschutzbund und Parität empfehlen deshalb allen politisch Verantwortlichen, die Augen nicht länger zu verschließen, den Aufruf zur Kenntnis zu nehmen und politische Entscheidungen zu Gunsten unserer Kinder und Jugendlichen daraus abzuleiten. Eine Umsetzung ist - in einem der reichsten Länder der Welt - machbar und finanzierbar! Die Ankündigung des Ministerpräsidenten, NRW zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland zu machen, ist spätestens jetzt für mindestens 815.000 Kinder und Jugendliche geradezu ein Schlag ins Gesicht!



**„Kinderarmut bekämpfen,
die Zukunft unserer Gesellschaft sichern“**

Gemeinsamer Aufruf
Arbeiterwohlfahrt Niederrhein
Deutscher Kinderschutzbund NRW
Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW

Cord Wellhausen
Landesvorsitzender
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
in Nordrhein-Westfalen

Montag, 21. Mai 2007
Landespressekonferenz NRW
Düsseldorf

(es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,

das Thema Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen hat viele Gesichter. Ich möchte in dieser Runde daher für den Paritätischen Wohlfahrtsverband in NRW den Zusammenhang zwischen Armut und Kinderbetreuung näher beleuchten.

Frühkindliche Förderung ist der Schlüssel, um Armut in den Familien zu überwinden.

Wenn Armut nicht über Generationen vererbt werden soll, so wie wir es bereits heute schon vielfach beobachten können, dann müssen wir jetzt handeln und allen Kindern das notwendige Rüstzeug mit auf den Weg geben, damit sie ihre Zukunft selbständig und selbstbewusst in die Hand nehmen können.

Den Kindertageseinrichtungen kommt hierbei eine zentrale Aufgabe zu.

Hier werden die Grundlagen für Bildung, Kreativität, Teamgeist und für das friedliche Zusammenleben gelegt. Eigenschaften, die für die nachwachsenden Familiengenerationen unverzichtbar sind.

Man könnte meinen, dass es eine Binsenweisheit ist, dass **jeder Euro für eine gute Kinderbetreuung** eine richtige und notwendige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft ist. Und dennoch wird bei der Kinderbetreuung zunächst über das knappe Geld und weniger über die Qualität frühkindlicher Förderung gesprochen.

Nehmen wir das aktuelle Beispiel aus den Verhandlungen der Regierungskoalition in Berlin: Der Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für Kleinkinder soll erst im Jahre 2013 realisiert werden und das Ausbauprogramm für neue Betreuungsplätze mit einer Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 4 Mrd. EURO wird bei den Haushaltsexperten als „große Herausforderung“ dargestellt. Der Streit um die Anteile der Länder und Kommunen steht bereits vor der Tür.

Und damit komme ich zu den aktuellen Auseinandersetzungen bei uns in Nordrhein-Westfalen:

Das Stichwort heißt „**KiBiz**“ - gemeint ist der Referentenentwurf für ein **Kinderbildungsgesetz in NRW**. Ein Jahr haben wir gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den kommunalen Spitzenverbänden um einen Kompromiss mit dem Ministerium gerungen.

Die hier **mühselig entwickelten Eckpunkte waren alles andere als ein pädagogischer und damit qualitativer Fortschritt**, doch für die Kindertageseinrichtungen war die direkte Existenzgefährdung vom Tisch und pädagogische Standards waren im Interesse der Kinder, wenn auch auf niedrigerem Niveau, so doch zumindest sichtbar.

In dem vorliegenden Referentenentwurf wurde die erst Ende Februar gefundene Kompromisslinie missachtet, z. T. gar nicht oder nur unvollständig umgesetzt.

Der Gesetzentwurf bedarf im Interesse der Kinder, ihrer Eltern sowie der Träger von Tageseinrichtungen einer dringenden Korrektur und Weiterentwicklung bevor er dem Parlament vorgelegt wird.

Um Bildungsdefizite auszugleichen, brauchen Tageseinrichtungen für Kinder ausreichend Betreuungspersonal mit hoher pädagogischer Qualifikation. Mit dem vorliegenden KiBiz-Gesetzentwurf ist das nicht zu machen.

Wer bei den Standards in den Kindertageseinrichtungen kürzt, hier insbesondere bei den U3 Kindern, wird den Anforderungen an ein nachhaltiges Armutsprinzip nicht gerecht.

Die hauptberuflichen Teams in den Tageseinrichtungen für Kinder, die ehrenamtlich engagierten Elterninitiativen und die Trägern der Freien Wohlfahrtspflege sind sich der Verantwortung bewusst, die sie für die Zukunft der Kinder haben.

Sie brauchen aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen, um wirksame Elementarpädagogik gerade dort leisten zu können, wo sie dringend benötigt wird.

Angesichts der erschreckenden Zahl von ca. 800.000 Kindern, die in Nordrhein-Westfalen in Armut leben, **warnen wir deshalb davor, die Sonderförderung von Tageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten zu streichen.**

Unsere zentralen Forderungen an die Landesregierung lauten deshalb:

- **Zügiger Ausbau der Betreuungskapazität für 0-3 jährige Kinder und Erhalt der Angebote für 6-14 jährige**, solange noch kein flächendeckendes, integratives und durchlässiges Angebot an Ganztagschulen umgesetzt ist.
- Ausbau und Aufbau der **Betreuungskapazitäten für alle Kinder** mit flexibleren Öffnungszeiten und einen **höheren Personalschlüssel für Einrichtungen mit einem hohen Anteil armer Kinder.**
- Wie heute im Primar- und Sekundarbereich des Bildungswesens muss auch der **Elementarbereich beitragsfrei** werden.

Die Hintergründe zu diesen zentralen Forderungen finden Sie ebenfalls in unserer Broschüre „Kinderarmut bekämpfen, die Zukunft unserer Gesellschaft sichern“, deren Neuauflage Ihnen heute hier vorliegt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **PARITÄTISCHE** Wohlfahrtsverband NRW
Kommunikation und Medien

Pressestelle: Ernst-Wilhelm Rahe

Loher Str. 7
42283 Wuppertal

Tel. 0202/2822-411, Mob. 0172/211 67 39, Fax 0202/2822-110

presse@paritaet-nrw.org www.paritaet-nrw.org



die lobby für kinder

Kinderarmut bekämpfen – Unterstützung für Kinder ganz praktisch, früh und nachhaltig sichern

Statement von Dieter Greese, Vorsitzender Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.

Ein geflügeltes Wort sagt: „Die Armut kommt von der poverty.“ Das meint, dass Armut sich reproduziert. Wer als Kind in Armut aufwächst, hat viel schlechtere Chancen, allein durch Familie, Angehörige und Milieu aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen.

In Armut aufwachsende Kinder sind die Verlierer des heutigen Bildungssystems. Je ärmer die Schülerinnen und Schüler desto schlechter schneiden sie in der Grundschule ab. Das armselige Schulsystem fördert die soziale Ausgrenzung und verdirbt Zukunftschancen. Tendenziell gelangen arme Kinder nicht auf das Gymnasium und nicht-arme Kinder nicht auf die „Sonderschule“ Auch der Sozialbericht NRW fasst die gravierenden Folgen eines Aufwachsens in Armut zusammen: „46,1 % der einkommensarmen Personen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren haben das berufliche Bildungssystem ohne Abschluss verlassen. Bei der übrigen Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe trifft dies „nur“ auf 18,9 % zu.“

„Familien und insbesondere in Armut lebende Familien – brauchen daher eine verlässliche und qualitativ hochwertige Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie eine grundlegende Reform der schulischen Bildung“, so Dieter Greese, Vorsitzender des Kinderschutzbundes in NRW. Ein Ausbau von Förder-, Bildungs- und Betreuungsangebote darf sich nicht allein an einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf orientieren. Im Interesse der Kinder, insbesondere der in Armut lebenden Kinder, ist ein Rechtsanspruch auf eine umfassende frühkindliche Förderung unabdingbar. Elternbeiträge, Zusatzkosten für Essen und Arbeitsmaterial in Kindertageseinrichtungen sowie Ganztagschulen sind Bildungsbarrieren. Sie müssen abgeschafft werden. Soweit das Ganztagsangebot für arme Kinder nicht ausreicht, sind Projekte öffentlich zu finanzieren, die es den Kindern ermöglichen, Anschluss an ihre wohlhabenderen Altergenossen zu halten (z.B. Gesundheitsprojekte: „Familien Leben“¹, Schulmüdenprojekte: „Lernen wie man lernt“¹). „Es ist eine Form der Bewusstseinspaltung, wenn der Ministerpräsident unseres Landes, Jürgen Rüttgers, in der Grundsatzkommission seiner Partei für die Abschaffung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder eintritt, zu Hause in NRW aber die Quote für Elternbeiträge erhöht und es armen Kommunen zudem noch untersagen lässt, ihrerseits die Eltern zu entlasten“, so Greese. Wer in Armut lebt, muss fit sein, wenn er da herauskommen will. Wir müssen aber feststellen, dass bereits 31 % der 3 bis 10Jährigen aus Armutsmilieus massive gesundheitliche Probleme haben. Sie

¹ Projekte des Deutschen Kinderschutzbundes, nähere Informationen bei DKSB Landesverband NRW e.V.



die lobby für kinder

verpassen häufiger als die Kinder einkommensstärkerer Schichten die kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen, sind weniger geimpft, leiden unter Unter- bzw. Fehlernährung, Bewegungsmangel und Übergewicht. Immer mehr Kinder zeigen bereits Symptome der sog. Altersdiabetes (diabetes mellitus). 38,4 % der Armutskinder sind von mehrfachen, massiven Entbehrungen betroffen, wie z. B. Vernachlässigung und Gewalt. Bei den einkommensstärkeren Schichten sind das nur 10,6 %.

Der DKSB freut sich, dass erkennbar Landesregierung, Kommunen und Verbände Konzepte frühkindlicher Förderung und Gefahrenabwehr entwickeln und umsetzen. Die erfolgreichen Beispiele müssen schnellstens Normalfall werden.

Es geht dabei um

- den Aufbau regionaler Hilfenetze zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Schule und Gesundheitswesen,
- integrative Angebote in Kinder- und Familienzentren,
- Elternbeteiligung in Einrichtungen für Kinder,
- Besuchsdienste in Familien mit neugeborenen Kindern,
- Aufklärungskampagnen über die Bedeutung der Kindergesundheit und zielgruppenspezifische Vermittlung von Kenntnissen über die Gesundheit und Ernährung von Kindern,
- Reihenuntersuchungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst in Kitas und Schulen

Da die Kinderpauschalen in Hartz IV-geförderten Haushalten nicht kindspezifisch bemessen und nicht auskömmlich sind, müssen kostenfreie Hilfen für Kinder aus Armutsfamilien zur Verfügung gestellt werden, als da beispielhaft sind:

- Mittagessen in Kinder- und Familienzentren, Kindertagesstätten und Ganztagschulen,
- Übernahme von Beiträgen für Sportvereine bzw. zur Teilnahme an Freizeitaktivitäten von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen,
- Anerkennung eines Sonderbedarfs für Kindersportkleidung beim Bezug von Sozialgeld.

Ansprechpartner: Dieter Greese, erster Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Telefon: 02054 7302

Mobil: 0160 1516792

Friedhelm Güthoff, Landesgeschäftsführer Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Telefon: 0202 74765880